

Kalter Krieg mit Druckerschwärze

„Psychologische Kampfführung“ im innerdeutschen Konflikt

Dirk Schindelbeck

Ein kaum bekanntes, in zahlreichen Einzelheiten groteskes Kapitel aus der Geschichte des Kalten Kriegs schlägt Dirk Schindelbeck auf: Bis hinein in die siebziger Jahre wurden von westdeutscher Seite von Ballons aus Flugblätter in der DDR abgeworfen. Auch die DDR war nicht faul in Sachen „psychologischer Kampfführung“ – wenngleich weniger erfolgreich.

Am 10. Mai 1955 schreibt das Sekretariat für Staatssicherheit der Bezirksverwaltung Suhl an die Hauptabteilung in Berlin, man sei im Begriff, einen neuen Geheimen Mitarbeiter (GM) anzuwerben.¹ Mit ihm hofft man, in einer Angelegenheit Fortschritte erzielen zu können, die die Staatssicherheit schon seit einiger Zeit beschäftigt: Seit 1951 führt das Ost-Büro der westdeutschen SPD regelmäßig Flugblattaktionen in der DDR durch. Mit Hilfe von wasserstoffgefüllten Luft- und Wetterballons, die von Berlin und von einigen kleinen Ortschaften im Zonenrandgebiet aus gestartet wurden, werden auf Flugblättern westliche Informationen in die DDR eingeschleust.²

Nun ist der Staatssicherheit bekannt, daß der SPD-Ortsvorsitzende der Grenzgemeinde Philippsthal im Kreis Coburg, Alfred Meyer, im Frühjahr 1954 selbst an etwa zwanzig solcher Einsätze teilgenommen hatte. Beim ersten Kontakt mit dem prospektiven GM wird diesem die Notwendigkeit verdeutlicht, daß „im Interesse der Einheit Deutschlands“ gehandelt werden müsse. Natürlich vergessen die Genossen der Staatssicherheit nicht, sich Meyers Beteiligung an seinen früheren Einsätzen schriftlich bestätigen zu lassen: Man hat gern ein Druckmittel in der Hand. Meyer erscheint auch sonst für ihre Zwecke als aussichtsreicher Kandidat, hinterläßt er doch den „Eindruck, daß bei ihm mit Geld viel zu erreichen“ sei.

Über Alfred Meyer, fortan GM Knüll, hofft man, in das Ost-Büro der SPD in Hannover einzudringen. Meyer scheint die in ihn gesetzten Erwartungen auch zu erfüllen. Von der Lübecker Bucht bis Hof, so liefert er Bericht, unterhalte das Ost-Büro sechs stationäre Ballon-„Abschüßbasen“ (wie sie die Staatssicherheit dramatisierend nannte):

Es sind im Jahre 1955 von allen Stationen zusammen 10370 Ballonaktionen gestartet worden. Allein für Monat März 1956 weisen die Unterlagen einen Versand von 160 Zentnern Flugblätter aus.

An bescheidener Entlohnung des GM Knüll läßt man es nicht fehlen; mal bekommt er hundert Mark (West), mal eine elektrische Bohrmaschine im Wert von 143 D-Mark.

Aktion „Flaschentod“

Als GM Knüll Mitte 1958 die Gelegenheit bekommt, Leiter einer „Abschußbasis“ in Philippsthal zu werden, steigt das Interesse der Staatssicherheit an ihm sprunghaft an. Zur Aufnahme seiner Tätigkeit, berichtet der GM, seien schon zweihundert Wasserstoffgasflaschen angeliefert worden. Meyer/Knüll fertigt sogar detaillierte Lagepläne und Skizzen an, was es der Staatssicherheit ermöglicht, am 14. August 1958 „Maßnahmen zur Liquidierung“ der Basis einzuleiten, die „Aktion Flaschentod“.

Bei Nacht und Nebel macht sich ein Kommando der Stasi auf den Weg, robbt durch Gräben, schleicht durch Schonungen, umgeht weiträumig Hundezwinger und Kaninchenställe und führt den Auftrag aus. Am 28. September stellen Beamte der Kripo Fulda fest, daß sämtliche auf dem Startplatz lagernden Wasserstoffflaschen in den Kappen verschmiert wurden und nicht mehr zu öffnen sind: „Die dazu benutzte Flüssigkeit ist fest wie Eisenkitt.“ Auf Seiten der Staatssicherheit wird im geheimen Bericht über die „Aktion Flaschentod“ vermerkt: „In Zusammenarbeit mit der Abteilung K

wurde vom VEB Leunawerk ‚Walter Ulbricht‘ kalthärtender und lösungsfreier Kunstharsz (Epoxydharz) mit dem dazu notwendigen Härter beschafft.“ In dreifacher Hinsicht sei die Aktion als ein großer Erfolg zu bewerten: Die beschädigten Flaschen seien unbrauchbar gemacht worden; das Verhältnis des SPD-Ost-Büros zu den Amerikanern, welche die Ballonaktionen finanzierten, sei gestört, ebenso die Zusammenarbeit mit den Elektrochemischen Werken Ottensoos bei Nürnberg, dem Gaslieferanten.

Auf der Westseite werden Anfang Oktober die verklebten Flaschen abgeholt, dafür zweihundert neue Flaschen angeliefert. Dennoch scheint sich die Sabotage-Aktion zum nachhaltigen Erfolg der Stasi auszuwachsen: Diese Flaschen, so teilt der GM seinen Auftraggebern mit, würden noch für eine letzte Aktion benötigt, danach sei endgültig Schluß, die Abschußbasis Philippsthal werde vom Ostbüro ersatzlos aufgegeben.

Denn natürlich hat man in Hannover das Vertrauen gegenüber dem Ortsvorsitzenden Alfred Meyer verloren; selbst in seiner Gemeinde muß er sich sagen lassen: „Das hast du doch alles verraten.“ Meyer alias Knüll hofft, sich in den Osten absetzen zu können. Im guten Glauben, für die „Einheit Deutschlands“ verdienstvolle Arbeit geleistet zu haben, fühlt er bei seinen Auftraggebern vor: „Wenn hier alles aufgelöst ist, komme ich im Januar rüber zu euch.“ Sogar ein Gastgeschenk will er mitbringen: „Ich bin im Besitz eines Ballon kompl.“ Doch daran besteht auf Seiten der Staatssicherheit kein Interesse. Im geheimen

Bericht wird vermerkt: „Trotzdem der GM konkrete Aufträge hat, gibt er keine entsprechenden Berichte. Es besteht der Verdacht, daß der GM nicht ehrlich mit uns arbeitet.“ Beim nächsten konspirativen Treff wird Knüll „abserviert“, indem man ihm vorhält, „daß durch ihn Fehler gemacht wurden“. Eine Aktion, die sich über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren erstreckte und im Verkleben von einhundertachtzig Wasserstoffgasflaschen ihren Höhepunkt erreichte, hatte ihr prosaisches Ende gefunden.

Verhärtung der Positionen

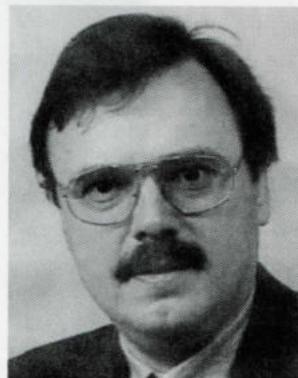
Solcherart Vorfälle waren – obgleich von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen – Ende der fünfziger Jahre an der Tagesordnung. Wenn auch aus heutiger Sicht die Verbissenheit, mit welcher diese Auseinandersetzung auf beiden Seiten geführt wurde, ebenso überzogen anmutet wie die Episoden grotesk erscheinen – sie war Ausdruck einer sich gerade in den Jahren 1957/58 abzeichnenden Verhärtung der Positionen zwischen den beiden deutschen Staaten, die über Chruschtschow-Ultimatum und Berlin-Krise³ zur Trennung der beiden Systeme durch den Mauerbau führen sollte.

Vor allem der nach der Bundestagswahl 1957 und der Stabilisierung der Regierung Adenauer forcierte Auf- und Ausbau der Bundeswehr heizte den propagandistischen Grabenkampf an und gab ihm eine neue Qualität: Aus Ostperspektive ging es nämlich nicht allein um die Verhinderung von Balloneinflügen in die DDR, sondern auch umgekehrt um die

verstärkte Einschleusung von Propagandabotschaften in die Bundesrepublik. Dazu erschienen die „klassischen“ Methoden, ganze Schulklassen oder Häuserblocks vorformulierte Briefe abschreiben zu lassen und diese auf dem Postweg oder mittels Flaschen auf der Elbe in den Westen zu schicken, als unzureichend: Sie wurden durch teils härtere, teils subtilere Maßnahmen ergänzt.

So liefen in der Bundesrepublik gefälschte Einberufungs- oder Ausmusterungsbescheide um, Giftgasmeldungen, angeblich als Folge von Bundeswehrübungen, wurden von Ost-Geheimsendern verbreitet,⁴ und grenznahe Orte wurden mit Pappraketen, die Tausende von Flugblättern verstreuten, beschossen. Gegenüber diesen wachsenden Anstrengungen des Ostens standen die vom Westen aus operierenden „Agenturen des Kalten Krieges“,⁵ die in der Vergangenheit meist als informelle Kreise im Auftrag des Gesamtdeutschen Ministeriums tätig gewesen waren und von diesem oder auch aus amerikanischen Quellen finanziert wurden, zunächst auf verlorenem Posten. Dies galt nicht nur für die angesprochenen Aktionen des

Zum Autor



Dr. Dirk Schindelbeck, geb. 1952, studierte Germanistik, Philosophie und Geschichte in Freiburg. 1987 Promotion, danach Aufbaustudium Marketing. Mitbegründer des Kultur- und werbegeschichtlichen Archivs Freiburg. Wiss. Mitarbeiter des DFG-Projekts Propagandageschichte. Bücher u. a.: „Ins Gehirn der Masse kriechen!“ Werbung und Mentalitätsgeschichte (m. R. Gries u. V. Ilgen, 1995); Jagd auf den Sarotti-Mohr. Von der Leidenschaft des Sammelns (m. V. Ilgen, 1997). Zuletzt in UNIVERSITAS (8/1997): „Mein Maßstab, meine Welt. Modellautos und ihre Liebhaber.“

Adresse:
Uhlandstraße 11,
79102 Freiburg



Wirkungsvolleres Abwehrkonzept: Wasserstoffballon der Bundeswehr für den Abwurf von Flugschriften.

Foto: Militärarchiv Freiburg

SPD-Ost-Büros, sondern auch für den extrem antikommunistischen „Volksbund für Frieden und Freiheit“ des ehemaligen Goebbels-Mitarbeiters und Drehbuchautors des „Ewigen Juden“ Eberhard Taubert, dessen nationalsozialistische Vergangenheit 1955 publik wurde;⁶ es galt für die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, die durch Sabotage-Akte in der DDR von sich reden gemacht hatte und die 1958, politisch untragbar geworden, ihre Aktionen einstellte;⁷ und es galt für den „Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen“, dessen Leiter Theo Friedenau durch eine DDR-Kampagne als Horst Erdmann „enttarnt“ worden war.⁸ Im Westen war, bei deutlich verstärkten Anstrengungen der Gegenseite, eine

empfindliche Lücke in der Propaganda-Abwehrfront entstanden.

Erste Überlegungen zu einem wirkungsvollerem Abwehrkonzept wurden im Verteidigungsministerium schon im Herbst 1957, kurz nach der Bundestagswahl, angestellt. Wie bescheiden diese Anfänge waren, geht aus Aufzeichnungen Albert Hagemanns hervor, des zeitweise einzigen „Propaganda-Offiziers“ in der Bundeswehr: Der erste Stellenplan sah nur sechs hauptamtliche Stellen vor, Hilfskräfte eingerechnet – fast noch eine informelle Struktur.⁹ Ein Jahr später, im August 1958, trat Verteidigungsminister Franz Josef Strauss an die Öffentlichkeit und erläuterte die Notwendigkeit eines „aktionsfähigen Zentrums“ aller demokratischen Kräfte halb ziviler, halb militärischer Natur und mit einer doppelten Zielrichtung: nach innen, um die „Immunisierung“ der bundesdeutschen Bevölkerung im Sinne einer „psychologischen Rüstung“ zu unterstützen, sei es durch Vorträge, Broschüren oder Bücher, nach außen in Form „aktiver“ Propagandaaktionen in den kommunistischen Machtbereich hinein.¹⁰

Eigener Titel

Im Referat B VII des Bundesverteidigungsministeriums entstand unter Major Dr. Karl-Christian Trentzsch eine Dienststelle, die, mit einem eigenen Haushaltstitel ausgestattet, ab 1959 in der Lage war, die ersten größeren Aktionen zu konzipieren und auszuführen. Diesem Führungsstab arbeiteten bald

nicht nur eine Reihe wissenschaftlicher Mitarbeiter aus dem zivilen Bereich zu wie etwa der spätere CDU-Abgeordnete Dr. Werner Marx, sondern auch eine Reihe von Reserveoffizieren, die im Bonner Umfeld privatwirtschaftliche Unternehmen aufgebaut hatten, etwa der Verleger Lothar Ballusek (Hohwacht-Verlag)¹¹ oder der Inhaber einer Public Relations-Agentur Bertram Otto (kontakt-Agentur).

Aus Sicht des Verteidigungsministerrums waren dies ideal zuarbeitende Dienstleister, welche die gewünschten Drucksachen vom Konzept bis zum fertigen Propaganda-Endprodukt ohne Einschaltung dritter Betriebe oder Werkstätten anbieten konnten. Mit der Zeit wurde auch ein Spezialarchiv aufgebaut und eine „Schule für psychologische Kampfführung“, die zunächst im Schloß Alfter bei Bonn, später im ehemaligen Franziskanerkloster in Euskirchen untergebracht war.

Von Ende 1959 bis in die siebziger Jahre hinein wurde nun, im Führungsstab konzipiert und durch reguläre Bundeswehreinheiten ausgeführt, Propaganda gegen die DDR betrieben – vorwiegend mit Hilfe gasgefüllter Ballons. Davon wurden zur Hochzeit des Flugblattkrieges im Jahr 1963 etwa zwanzigtausend Stück über das Truppenamt Geophysiker in Köln beschafft („aerologisches Verbrauchsmaterial“).¹² Durchgeführt wurden diese Aktionen von den drei Kompanien der sogenannten PSK (Psychologische Kampfführung), die jeweils über einen Lautsprecherzug, einen Flugblatt-Raketenzug und einen Ballon-



Flugblattaktion unter Mitwirkung von Kindern. Entlohnung: Bonbons, je ein Luftballon und fünfzig Pfennig.

Foto: Militärarchiv Freiburg

zug verfügten. Den normalen Truppen- teilen ausgegliedert, waren sie dem I. bis III. Heereskorps der Bundeswehr unter- stellt. Faktisch waren die PSK-Kompa- nien damit die einzigen Truppenteile, die zu Friedenszeiten nichts anderes ta- ten als im Ernstfall auch: Informationen, die das Ziel hatten, Soldaten wie Zivil- sten der anderen Seite zu beeinflussen, auf fremdes Territorium zu tragen.¹³

Noch 1970 wurden von ihnen etwa zwanzig Tonnen Papier in die DDR ver- bracht, unter anderem die Erfurter Rede Willi Brandts. Erst die Unterhändler der beiden deutschen Staaten Egon Bahr und Michael Kohl einigten sich im Früh- sommer 1972 im Zuge ihrer Verhandlun- gen zum Grundlagenvertrag darauf, als Gegenleistung für das Verstummen des

letzten DDR-Soldatensenders 935 die Flugblattaktionen der Bundeswehr endgültig einzustellen.

Verschwiegen, abgesichert

Um ihren Auftrag auszuführen, suchten sich die PSK-Kompanien in der Regel ein verschwiegenes, gut abzusicherndes Waldstück in Zonenrandnähe. Nicht selten wurden auch wochenlang Zeltlager aufgeschlagen, wenn der Wind ungünstig stand und Ballonstarts unmöglich machte – zumal die Windverhältnisse die Bundeswehr keineswegs so eindeutig bevorteilte wie dies in Presseberichten später manchmal dargestellt wurde. Diskretion gehörte nicht nur zum Einsatzbefehl, sondern bestimmte den Truppenalltag. Stets war das Mitführen des Zivilanzugs Pflicht, wurde doch häufig im nächstgelegenen Dorfgasthaus „Unternehmerverpflegung“ aufgenommen.

Oberflächlich gesehen erscheint das Treiben der PSK wie das einer losen, verschworenen Desperado-Truppe. Sowohl technisch wie logistisch und erst recht politisch waren die Einheiten jedoch auf Unterstützung angewiesen, zum Beispiel durch zivile Ballonstaffeln. Diese hatten eine Stärke von zehn bis zwanzig Mann und stellten unter Führung von Reserveoffizieren den Nachschub sicher, vor allem die doch recht beträchtlichen Mengen an Wasserstoffgas: Immerhin wurde für einen einzigen Ballon eine ganze Flasche benötigt. Nachts wurden dann bis zu dreihundert Ballons gefüllt und aufgelassen.

Darüber hinaus war man dringend auf die Amtshilfe der Wetterdienste und der Landespolizeidirektionen angewiesen: Die Fahrer ziviler Versorgung-LKWs mußten von höheren Dienststellen mit Sonderpapieren ausgestattet werden, die sie gegen Kontrollen über-eifriger Ortspolizisten zu schützen vermochten. Und selbstverständlich waren die Aktionen der PSK-Truppen nicht ohne administrative Rückendeckung denkbar, wie sie in den „Sitzungen des Arbeitskreises der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder“ sichergestellt wurde, wo neben den Staatssekretären der Innenministerien der Zonenanrainerländer auch Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des Bundesgrenzschutzes, des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen sowie des Berliner Senats anwesend waren.

Unverzichtbar war schließlich die politische Unterstützung auf höchster Ebene: Schließlich waren in den mehr als zwölf Jahren, während derer die Flugblattaktionen stattfanden, vier Verteidigungsminister und sechs Gesamtdeutsche Minister unterschiedlicher politischer Couleur in dieselben Verschlußsachen und Dienstgeheimnisse eingeweiht. Über alle Fraktionen des Bundestages hinweg, über alle Parteien und Ausschüsse galt es einen stillschweigenden Konsens herzustellen und durchzuhalten.

Mit dem Tag des Mauerbaus und der Selbstabschottung der DDR wurden die Aktionen der PSK plötzlich aktuell und brisant: Keinem Rollkommando der Staatssicherheit war es mehr möglich,

in der Art der „Aktion Flaschentod“ gegen – zudem bewaffnete – Bundeswehr-Einheiten etwas auszurichten. Zügig trieb der Westen den Aufbau der Einheiten voran: Mitte 1962 erreichten die Truppen ihre Sollstärke, und in den Jahren 1963 und 1964 entfalteten sie mit etwa achtzig Tonnen jährlich expedierter Drucksachen das (quantitative) Maximum ihrer Aktivität (die vier- bis fünf-fache Tonnageversandleistung wäre leicht möglich gewesen).

Parallel dazu wurden in dieser Zeit, ebenfalls in besonderer Hinsicht auf beeinflussende Wirkungen hinter der innerdeutschen Grenze, die elektronischen Medien ausgebaut: So nahm am 1. Januar 1962 der Deutschlandfunk und am 1. April 1963 das Zweite Deutsche Fernsehen seine Sendetätigkeit auf.¹⁴

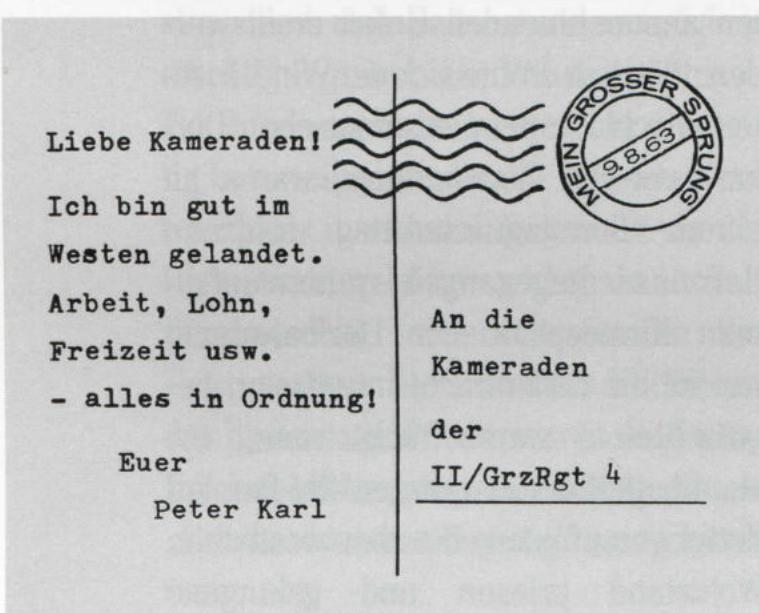
Die PSK-Einheiten unterschieden sich von den elektronischen Sendern nicht allein dadurch, daß sie handfestes Material versandten – ihre Existenz war der westdeutschen Öffentlichkeit nicht einmal bekannt. Die DDR-Bevölkerung freilich, die fortan fast flächendeckend mit Papier überschüttet wurde, nahm ihr Treiben dafür um so mehr wahr: Noch in den frühen siebziger Jahren fanden Spaziergänger im waldreichen Gebiet zwischen Helmstedt und Magdeburg mit Sicherheit Flugblätter vor. Und die DDR-Organe waren gegen die nachts sanft hereingleitenden Ballongeschwader machtlos: Die Offiziere der Staatssicherheit mußten sich darauf beschränken, auf einer Karte mit Fähnchen die Orte zu markieren, auf welche sich wieder einmal ein Flugblattsegen ergossen hat-

te, um möglichst rasch ganze Schulklassen zum Aufsammeln und „Unschädlich-Machen“ der West-Propaganda in Bewegung zu setzen.

... als der Wind sich drehte

Von der westdeutschen Öffentlichkeit nahezu unbemerkt konnten die PSK-Truppen mehr als dreieinhalb Jahre lang nach dem Bau der Mauer ihr Spiel treiben, bis sie im Frühjahr 1965 vom größten anzunehmenden Unfall ereilt wurden: Plötzlich drehte sich der Wind. In Altenburschla, einem westdeutschen Dorf kurz vor der Zonengrenze, waren an einem Sonntagnachmittag fünfzehn Ballons niedergegangen – mitten auf einem Kirmesplatz. Die Dorfbewohner, welche die Ballonfracht interessiert begutachteten, waren nicht wenig erstaunt, statt der erwarteten Ost-Parolen Zettel vorzufinden, die den westlichen Wohlstand priesen und gelungene Fluchten von NVA-Grenzern: „Liebe Kameraden,“ so hieß es auf postkartengroßen Flugblättern, „viele Grüße aus Westdeutschland. Der Große Sprung hat sich für mich gelohnt.“

Natürlich rief der Vorfall Journalisten auf den Plan, und so erfuhren nennenswerte Teile der westdeutschen Öffentlichkeit erstmals am 13. März 1965 durch einen Fernsehbeitrag in der „Hessenschau“ von ominösen Ballonaktionen – die Verursacher freilich wurden nicht genannt. Andere Fernsehteams waren kurz zuvor ähnlichen Spuren gefolgt: Bereits im Herbst 1964 hatte eine Mannschaft des Magazins „Report“ vom West-



Flugblatt aus einer Ballonladung, die 1965 wegen drehender Winde im hessischen Altenburschla niederging (Vorder- und Rückseite).

Foto: Militärarchiv Freiburg

deutschen Rundfunk einen Film zum Thema gedreht, und hier war der Absender namentlich benannt worden. Doch der Beitrag, obwohl bereits in den Programmzeitungen ausgedruckt, wurde niemals gezeigt. Von höchster Stelle im Verteidigungsministerium aus und unter Androhung eines Landesverratsverfahrens wurde seine Ausstrahlung unterdrückt. Weniger Respekt vor solchen Drohgebäuden hatte schließlich ein

„panorama“-Team des Norddeutschen Rundfunks und benannte, wenige Wochen nach dem „Hessenschau“- Beitrag, in seinem Film nicht nur die Bundeswehr als Urheber der Aktionen, sondern forderte durch den Verteidigungsexperten der SPD, Karl Wienand, Aufklärung vom Verteidigungsminister selbst. Der FDP-Abgeordnete Kohut brachte eine entsprechende Anfrage im Parlament vor, und der seinerzeitige Bundesminister der Verteidigung Kai Uwe von Hassel räumte nun kleinlaut seine Zuständigkeit ein. Befragt, welchen Sinn er in diesen Aktionen sehe, antwortete er, die ihrer Informationsmöglichkeiten beraubten Soldaten der NVA-Grenzkommandos bedürften dieser Botschaften. Im übrigen würden diejenigen, die diese Maßnahmen kritisierten, die Zusammenhänge nicht kennen: Tausende von Briefen, die auf die Botschaften hin eintrafen, rechtfertigten sie.¹⁵

Fortan war nicht mehr zu bestreiten: Ein demokratisches Staatswesen ließ in Friedenszeiten durch Armee-Einheiten Flugblätter, Flugzeitungen und später auch ganze Bücher auf fremdes Territorium niederregnen, und Mitglieder der Regierung waren in letzter Instanz dafür verantwortlich. Daß es sich hier um Propaganda handelte, darüber konnte selbst im Führungsstab kein Zweifel bestehen. Denn so verschämt der Öffentlichkeit zugegeben werden mußte, daß solche Beeinflussungsversuche stattfanden, so unverhohlen forderten ja nicht wenige dieser Zettel die NVA-Grenzkommandos zur Flucht auf: ein Fall klassischer Zersetzungspolitik, wie sie gerade den

Militärs aus dem Zweiten Weltkrieg noch gut in Erinnerung sein mußte.

Wer wird denn gleich in die Luft gehen?

Gleichwohl muteten nicht wenige Aktionen der PSK geradezu an wie ein überdimensioniertes Räuber- und Gendarm-Spiel und kündeten auf ihre Weise von einer kommenden Entkampfung im deutsch-deutschen Verhältnis. Eine kleine Begegebenheit aus dem Alltag der Truppe, die zudem ihre Beweglichkeit und Phantasie spiegelt, illustriert dies.¹⁶

Ende Februar 1963 stapften die vier Bundeswehr-Gefreiten Plumenbohm, Otte, Rudolph und Femes bei einer Geländeübung durch den Harz. Feste Straßen zu benutzen und Zivilpersonen nach dem Weg zu fragen, war ihnen verboten. Dicker Nebel kam auf, als sie ein Drahtindernis wahrnehmen, das ihnen im diffusen Licht als Viehzaun erschien. Ein Zivilist tauchte auf, den sie befehlswidrig um Auskunft baten. Antwort: „Mensch, ihr seid hier in der DDR.“

Der Rückweg durch Minengürtel und an schußbereiten Grenzposten vorbei dünkte sie selbstmörderisch. Also ließen sie sich den Weg zur nächsten Unterkunft der Volksarmee weisen. In Feldmontur mit Helm und Nato-Gewehr betraten sie die Militärbaracke und fragten den erstbesten Volksarmisten: „Kumpel, wo sitzt dein Chef?“ Der Angeredete mürrisch: „Haut ab, ich hab was zu tun.“ Der nächstangesprochene, ein Unteroffizier, blieb gleichfalls ungerührt, zeigte aber immerhin auf eine Tür: „Da drin.“

Dem Kompaniechef von der anderen Feldpostnummer nun verschlug der Anblick armerter Bundeswehrsoldaten zunächst die Sprache. Gefreiter Plumenbohm erläuterte das Mißgeschick. Auf die Frage: „Wollt ihr hierbleiben?“ meinte er: „Nein, das geht nicht, ich bekomm‘ übermorgen Urlaub. Ich will mit meiner Frau verreisen.“

Das Kommando der Grenzbrigade alarmierte einen Oberst der Staatssicherheit in Erfurt. Auch dessen Angebot, doch in der DDR zu bleiben, schlugen die vier Gefreiten aus. Nach zwei Tagen schickte sie der Oberst über die Grenze zurück. Kameraden der Volksarmee zeigten ihnen eine Minengasse. Letzter Kumpelrat: „Schmeißt unsere Zigaretten weg, sonst meinen die drüben, wir hätten euch bestechen wollen.“

Auf der Westseite wenige Tage später: Die in Borken stationierte PSK-Kompanie 981 unter Leitung von Hauptmann Obst erhält den Einsatzbefehl zur Übung „Glaserkitt“. Siebenundfünfzig Mann, vier Offiziere, neun Unteroffiziere und vierundvierzig Mannschaftsdienstgrade, machen sich auf den Weg, ausgerüstet mit fünf Tonnen „PSK-Drucksachen“ auf achtzehn Fahrzeugen.¹⁷ „Glaserkitt“ wird im Raum Kilian (Lüchow-Dannenberg) zwischen dem 5. und 15. März in Angriff genommen – ergänzt durch drei weitere Einzelaktionen unter den Code-Namen „Hirtenhund“, „Handgepäck“ und „Igel-fisch“. In den zehn Tagen werden mit Hilfe von neunhundert Ballons 717 000 Druckschriften (zirka drei Tonnen) verbracht, neben 74 000 als „Neues Deutschland“ getarnten Zeitungen und

251 000 „NVA 1/63“ auch 7 000 Stück „Danksagung“ mit anhängenden 21 000 Zigaretten (1 000 Päckchen) der Marke HB („Wer wird denn gleich in die Luft gehen? Greife lieber zur HB!“) als Anerkennung für die „anständige Behandlung“ jener vier Bundeswehrgefreiten während ihres ungewollten DDR-Abenteuers.

Als ob die Denk- und Verhaltensmuster des Kalten Krieges bereits Mitte der sechziger Jahre nur noch als Groteske zu ertragen gewesen wären! Haltungen, die erst Jahre später politikmächtig werden sollten, waren plötzlich gefordert, und wenn es die Einübung einer partnerschaftlichen Rolle im „kleinen Grenzverkehr“ war – inklusive generösen Zigarettenreichens über den Zaun.

Bunte Sträuße

Es war ein bunter Strauß von „Drucksachen“, die auf die DDR abregneten: vom Mini-Flugblatt über die periodisch wiederkehrende Zeitung („Rote Fahne“, „Volksarmee“, „Mitteldeutsche Arbeiterzeitung“) bis hin zum Taschenbuch im Format 10 mal 13 Zentimeter (etwa Carola Sterns Ulbricht-Biographie). Die Auflagen der Flugblätter erreichten zum Teil gigantische Dimensionen. Von einem Vier-Gramm-Flugblatt, das auf der Vorderseite einen deformierten Ulbricht nebst dem Kommentar „Dieser nicht...“ zeigte und den Halbsatz auf der Rückseite durch „.... aber Neckermann macht's möglich“ komplettierte, ergossen sich allein zwischen dem 12. Juli und dem 6. September 1963 über siebzehn Millio-

nen Exemplare über DDR-Gebiet.¹⁸ Zwar stand gerade das Neckermann-Motiv wegen seiner vermeintlichen Primitivität in der öffentlichen Kritik, dennoch sollte nicht verkannt werden, daß hier Kommunikationsprofis am Werk waren. In einem der „Süddeutschen Zeitung“ zugespielten Schreiben des Oberst Trentzsch an die Firma Neckermann entschuldigte sich dieser für den Slogan-Raub, verwies zu seiner Entlastung aber darauf, daß es „um 1963 herum in der DDR Witze gegeben habe: Der Sozialismus siegt – aber Neckermann macht's möglich!“ Auf diesem dem Hause Neckermann doch zur Ehre gereichenen Bewußtseinsbestand – sein Name gelte auch im Osten als „Synonym für nicht plangebundenes Wirtschaften“ – habe man das Flugblatt aufgebaut. Er, Trentzsch, werde es aber bestimmt nicht wieder tun – worauf Neckermann sich zufrieden gab und die Sache durch seine Juristen nicht weiter verfolgen ließ.¹⁹

Sowohl die „panorama“-Fernsehberichterstattung als auch die allmählich undurchlässiger werdende Grenze fanden in den PSK-Drucksachen für das DDR-Volk einen deutlichen Niederschlag. Seit Mitte 1965 wurden die aufreizenden Aufforderungen zur Flucht durch defensive Verhaltensempfehlungen ersetzt, beispielsweise durch kleine Schießlehren mit Anleitungen für Fehltreffer. Auch der Informations- und Aufbewahrungswert des Materials stieg in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre deutlich an. Am Ende sah, was genauer betrachtet durchaus noch Propaganda war, kaum mehr wie Propaganda aus. So

brachten Flugzeitungen verstärkt Informationen über die Stundenlöhne von Handwerkern oder die Anschaffungspreise gebrauchter Autos in der Bundesrepublik.

Man muß den PSK-Strategen konzedieren, daß sie an der Verfeinerung und Optimierung ihrer Botschaften kontinuierlich gearbeitet haben: Sie kannten ihre Adressaten und stellten sich immer besser auf sie ein. Natürlich ließ sich aus einem sich stets erneuernden Fundus an Informationen gut schöpfen: Durch die jährlich ein- bis zweihundert gegluckten Fluchten von DDR-Grenzern waren ihnen sogar die neuesten Ulbricht-Witze oder prospektive Fluchtkandidaten bekannt.

Was dann an Propaganda-Material entwickelt und hinübergeschickt wurde, erfreute sich großer Beliebtheit („Es gibt für die NVA-Soldaten keine spannendere Lektüre!“), ganz im Gegensatz zur auch 1970 noch hilflos operierenden und in imperativischen Formeln erstarrten Parolensprache der Ostseite: „Nicht den Anschluß verpassen! Steigen Sie ein in den Zug der Zeit! Fordern Sie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR!“

Überholen ohne einzuholen

Auch technisch-logistisch war die Bundeswehr ihrem Gegner haushoch überlegen. So wurde – freilich hinter vorgehaltener Hand – gern von gezielten Volltreffern berichtet. Zur Eröffnung der Leipziger Messe flatterten den Besuchern Flugblätter vor die Füße, ein anderes Mal wurde eine Zettelflut an einen

Wachsende Profite für die Großverdiener

Wachsende Existenzunsicherheit für die Werktätigen

Erhards „soziale Marktwirtschaft“ u. Adenauers „Freiheit“

Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein

Das fordert mit allen Gewerkschaftern die

K P D

NATO-Politik u. atomare Aufrüstung vertiefen die Spaltung Deutschlands.

Verständigung zwischen beiden deutschen
Staaten — Schaffung eines Staatenbundes
zwischen der DDR und der Bundesrepublik —

das ist der reale Weg, den die KPD
zur Wiedervereinigung vorschlägt.

Wer die Spalter haßt, wer Deutschland liebt –
kämpft mit der KPD

Flugblätter aus der Ladung einer DDR-Propaganda-Pappakete, 1958. Foto: Militärarchiv Freiburg

überfüllten Badestrand an der Ostseeküste gespült. In der Schlußphase erreichten immerhin etwa achtzig Prozent der aufgelassenen Ballonfracht ihr Ziel: bei fünfzehn Prozent Irrläufern und fünf Prozent Schwundquote.

Auch hier nahm sich, was die DDR dagegenzusetzen hatte, hilflos aus. Als Experten des Bundesgrenzschutzes die propagandistischen Angriffswaffen – die Aluminiumhülsen, Kugeln und Pappraketen – analysierten, kamen sie zu dem Ergebnis, daß man diese Materialien in westlichen Warenhäusern nicht einmal

als Silvester-Feuerwerksscherz würde verkaufen können.²⁰ Am 17. Juni 1967 ereignete sich folgendes auf der Elbe, als eine auf einem NVA-Schnellboot installierte Mini-Raketenbasis sich anschickte, den Ort Hitzacker unter Flugblattbeschuß zu nehmen:

*Auf einmal explodierte nicht nur die Zündung der Rakete, sondern die ganze Abschußvorrichtung. Brennend wurde das manövrierunfähige Boot auf bundesdeutsches Gewässer abgetrieben.*²¹

Der Ostseite verblieb als einzige erfolgversprechende Möglichkeit, papierne Botschaften an Empfänger in der Bundesrepublik zu verbringen, der teure Postversand. Doch auch hier hatte der Westen im Laufe der Zeit dazugelernt. In den zentralen Briefaussenderungsstellen in Hof, Hamburg und Hannover fischten Spezialbeamte die Propagandasendungen des Ostens mit erstaunlicher Sicherheit aus dem Briefstrom. Allein in Hof sollen bei monatlich mehr als hunderttausend verdächtigen Sendungen im Schnitt nur vierzehn Fehlgriffe vorgekommen sein.

„Auch ich studierte es“

Umgekehrt wußte man im Bundeswehr-Führungsstab sehr wohl, daß gerade durch die „Methode des befohlenen Aufsammelns“ der Flugblätter durch Schulklassen oder NVA-Mannschaften ihre gründliche Lektüre sichergestellt war, konnte man doch generell davon ausgehen, daß sich fast jeder heimlich ein Exemplar davon, gewissermaßen als persönliche Trophäe, in die Tasche steckte. Plastisch schildert ein geflohe-

ner NVA-Polit-Offizier, wie gerade der DDR-Instanzenweg hervorragende Dienste als Multiplikator der westlichen Propaganda-Botschaften tat:

*Ein Genossenschaftsbauer der Grenzgemeinde Schrampe fand bei Feldarbeiten in der Gemarkung seines Dorfes eine der besagten Flugschriften. Es muß mit Sicherheit angenommen werden, daß er die Schrift erst einmal gründlich gelesen hat. Er kennt die charakterliche Unzulänglichkeit des Bürgermeisters. Er lieferte diesem die Schrift ab, auch er hat sie mit Sicherheit gelesen. Das Gleiche kann man von den Gemeindesekretären annehmen. Der Bürgermeister übergab sie dem Parteisekretär, der in der Kreisstadt zu tun hatte, mit der Bitte, sie mir abzugeben, obwohl die Flugschrift eigentlich zur Staatssicherheitsdienststelle oder zur Polizei gehört. Der Parteisekretär gab sie in meinem Vorzimmer ab und unterhielt sich darüber mit meinem persönlichen Referenten. Er machte abwertende Bemerkungen über den Inhalt der Schrift, woraus man schließen muß, daß auch er sie gründlich gelesen hat. Auch mein persönlicher Referent und meine Sekretärin lasen das Material. Dann erst kam es zu mir. Auch ich studierte es und leitete es dann an die Kreisdienststelle der Stasi weiter. Diese eine Schrift ist also von mindestens acht bis zehn Menschen gelesen worden, ohne daß jemand irgendeine Vorschrift verletzt hätte.*²²

Die Flugblattaktionen wurden im Westen wie im Osten in scheinbar ähnlicher Verzerrung wahrgenommen. Dennoch beruhten sie auf völlig verschiedenen, vom jeweiligen System generierten Begriffen und Strukturen von Öffentlichkeit. Bis zur „Enthüllung“ durch die „panorama“-Sendung war man im Westen verständlicherweise bemüht, seine so deutliche Überlegenheit in Sachen Propaganda angesichts geltender demokratisch-parlamentarischer Gepflogenheiten nicht publik werden zu lassen. Im Osten verspürten die Verantwortlichen ebenfalls wenig Neigung, ihre Ohnmacht angesichts nächtlings herein-

schwebender Ballongeschwader der Bevölkerung gegenüber einzustehen.

Was in der Bundesrepublik möglichst heruntergespielt wurde, wurde in der DDR, wenn man schon um eine Meldung nicht umhin kam, dramatisiert; da wurden die Ballons schnell zu gefährlichen Offensivwaffen des westdeutschen Militarismus, die mit ihren heimtückischen Sprengladungen schon Kindern die Arme abgerissen hätten.²³

Noch im Umgang beziehungsweise Nicht-Umgang mit diesem Thema in der Öffentlichkeit zeigt sich also ein Konstituens deutsch-deutscher Kommunikation in der Endphase des Kalten Krieges. Hierhin gehören auch die geheimnisvollen Äußerungen Kai Uwe von Hassels über jene „Tausende von Briefen“: ein Kommunikationsergebnis, auf das man nicht verzichten wollte. Die Lektüre dieser Briefe ist in der Tat beeindruckend, weniger, weil die Zuschriften derjenigen, die überhaupt antworteten, zu 97 bis 99 Prozent positiv ausfielen, sondern weil sich in ihnen eine rührende, mitunter beängstigende Offenheit kundtat, mit einem unbekannten Gegenüber persönliche Zwiesprache zu suchen. Die ging weit über das hinaus, was Bundesbürger ihrer Administration an Vertrauensvorschuß jemals eingeräumt hätten.

Ein Beispiel für viele ist der im Auftrag der CDU durchgeführte PSK-Einsatz „Ameise“ in der Nacht vom 17. auf den 18. August 1962. Auf das bei dieser Gelegenheit verbrachte CDU-Flugblatt „Die Welt weiß vom Unrecht in der Zone!“ trafen an die Deckadresse genau 199 Zuschriften ein:

Am 21. 8. habe ich die Flugblätter im Sernoer Wald ... gefunden. Sie werden gesammelt und den Funktionären in die Briefkästen geworfen. Sendet uns noch mehr, evtl. Illustrierte Zeitungen, die werden am begeistertsten gelesen. Mit Gruß Neptun.²⁴

Von unmittelbar subversiven Wirkungen wußte ein anderer Schreiber zu berichten:

Werter Kurt Stein. Ich möchte Ihnen hiermit mitteilen, daß in Köthen und Umgebung Flugblätter niedergegangen sind. Dadurch ist es auf dem Flugplatz von Köthen, der von sowjetischem Personal besetzt ist, zu großen Tumulten gekommen. Die Russen, die diese wahrheitsgetreuen Blätter gefunden haben, klebten sie an die Kommandantur und schrieben mit Farbe in russisch: „Das ist die Wahrheit!“ In den Betrieben wird mit Ölfarbe geschrieben: „Ulbricht ist ein Mörder, Ulbricht ist ein Verbrecher!“ Bis jetzt wurde noch keiner erwischt. Ich habe 5 Flugblätter gefunden und sie in die Reklamekästen und an die Säulen geklebt, daß sie jeder lesen soll und die Unruhe gegen die Kommunisten größer wird. Ich verbleibe Ihnen als ein steter Helfer in diesen Sachen.²⁵

Immer wurde in den Briefen die Forderung laut: „Schickt uns mehr Material!“

Bundesrepublik präsent?

Als ob die Bundesrepublik durch diese Botschaften präsent zu machen gewesen wäre und – so mußte es doch scheinen – „ihre“ Mitbürger im Osten nicht vergaß. Eine Zuschrift aus Greiz-Dölau vom 15. Oktober 1963: „Wenn die russische Besatzung nicht wäre, wäre das Regime in 24 Stunden weggefegt und das KZ wäre offen, in dem wir seit Jahren leben müssen.“

In ein Modell deutsch-deutscher Kommunikationsabläufe übertragen, zeigt sich so, welch eminent politische Qua-

lität die Bundesregierung der Psychologischen Kampfführung der Bundeswehr zugemessen haben muß. Zum einen schienen ihr die Ballonaktionen und der durch sie angeregte Rückfluß von Briefen einen zuverlässigen Zugang zum „wahren“ Denken und Fühlen der DDR-Bevölkerung zu eröffnen, zum anderen dürfte es ihr sehr zupass gekommen sein, daß diese gerade einmal dreihundert Mann starke Ballon-Truppe (neben dem Westfernsehen) entscheidend dazu beitrug, das Informationsmonopol der SED nachhaltig auszuhöhlen.

Diese beiden Elemente, das Kontakt-halten mit der Bevölkerung „drüben“ bei gleichzeitiger Destabilisierung des Ulbricht-Systems, waren Determinanten

konservativer Deutschland-Politik bis weit in die sechziger Jahre hinein. Obwohl jedoch die PSK-Truppe der Verwirklichung dieser politischen Zielvorstellungen auf geradezu kongeniale Art entsprach, konnte ausgerechnet sie am wenigsten auf den öffentlichen Beifall der politisch Verantwortlichen rechnen. Dieses letzte Kapitel des Kalten Krieges, das nicht frei von grotesken, ja komischen Elementen war, mußte gewissermaßen „unter der Bettdecke“ spielen. Gleichwohl mag, wer die Aufbewahrungskultur der Bürger und Bürgerinnen in der DDR kennt, sehr wohl erahnen, welche Langzeitwirkungen von diesen Botschaften ausgegangen sein dürften.²⁶

¹ BStU, Allg. S. 281/71, Bd. 5. – ² W. Buschfort: Das Ostbüro der SPD. München 1991. – ³ M. Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED. Berlin 1995. – ⁴ J. Wilke/S. Sartoris: Radiopropaganda durch Geheimsender der DDR im Kalten Krieg. In: J. Wilke (Hrsg.): Pressepolitik und Propaganda. Köln/Weimar/Wien 1997. S. 285-332. – ⁵ Deutschland im Kalten Krieg 1945-1963. Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums. Berlin 1992. S. 253-274. – ⁶ K. Körner: Erst in Goebbels', dann in Adenauers Diensten. Die Zeit, 24. August 1990. S. 37-38. – ⁷ K. U. Merz: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948-1959. München 1987. – ⁸ F. Hagemann: Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen 1949-1969. Frankfurt a. M. 1994. – ⁹ Nach Unterlagen Albert Hagemanns sah der Stellenplan des FüB VII 3 vom Herbst 1957 vor: zwei A 14 und A 13 sowie jeweils eine A 8 und eine BAT III. – ¹⁰ Bulletin des Bundespresseamtes, 12. August 1958. – ¹¹ Chr. Herms (d. i. K.-Chr. Trentzsch): Für und wider die Bundeswehr. Bonn 1957. – ¹² Bundesarchiv/Militärarchiv (BaMa), Bestand BW 2/20252. – ¹³ K.-H. Roth/N. Neumann/H. Leib: Invasionsziel DDR. Psychologische Kampfführung vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik. Hamburg 1971. – ¹⁴ F. Capellan: Für Deutschland

und Europa. Der Deutschlandfunk. München 1993. – ¹⁵ Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 182. Sitzung, Sp. 9145. – ¹⁶ Der Spiegel, 26. Mai 1965. S. 47-50. – ¹⁷ BaMa BW 2/20252. – ¹⁸ Nach Aufzeichnungen Albert Hagemanns wurden zwischen August 1961 bis August 1964 232 verschiedene Drucksachen, von denen rund hundert zur Kategorie Miniflugblatt zu rechnen waren, hergestellt. – ¹⁹ Neckermann schießt auf Luftballons. Süddeutsche Zeitung, 27. Juli 1965. – ²⁰ Kommunistische Propaganda-„Raketen“. In: Wehrpolitische Information Deutschland-SBZ, 17. Oktober 1963. – ²¹ Der Westwind hilft Bonn im Flugblattkrieg. Kölnische Rundschau, 20. Juni 1967. – ²² BaMa BW 2/7171. – ²³ Mütter klagen an! Frau von heute 27/1958. – ²⁴ BaMa BW 2/6864. – ²⁵ BaMa BW 2/6864. – ²⁶ Der Verfasser ist ehemaligen Mitgliedern der PSK für Informationen sowie Bereitstellung von Materialien zu großem Dank verpflichtet, besonders Generalmajor a. D. Dr. Johannes Gerber, Oberst a. D. Albert Hagemann, zeitweise einziger „Propaganda-Offizier“ in der Bundeswehr, sowie Oberst a. D. Rudolf Rothe. Eine anders gewichtete Darstellung der Materie in G. Diesener/R. Gries (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung. Darmstadt 1996. S. 214-236.